

Sohrauer Stadtblatt.

Ämtliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau O.-S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Erscheint

Wöchentlich zweimal: Mittwochs und Sonnabends.
Bezugspreis: Vierteljährlich von Ort 6,00 M.,
bei allen Postämtern 7,50 Mf.

Druck und Verlag:

B. Hnold's Stadtdruckerel, Sohrau O.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hnold.

Anzeigen-Preis:

für die einseitige Zeile ober oder unter Raum 1 Mf.
Inseraten-Raumnahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Erscheinungstage.

Nr. 12.

Sonntag, Nr. 49.

Sonnabend, den 11. Februar 1922.

Postfachkonto
Breslau 18664

44. Jahrg.

Rundschau.

Die Vertagung der Konferenz von Genua.
London, 7. Februar. Reuter meldet halbamtlich: Die englische Regierung hat am Sonntag in Paris bekanntgegeben lassen, daß sie zum Zwecke der vorherigen Uebereinstimmung der Alliierten über Ziele und Aufgaben der Konferenz in Genua einer Vertagung der Konferenz bis Mitte April zustimme.

Eine englische Thronrede.

London, 7. Februar. In der Thronrede, mit der der König heute das Parlament eröffnete, begründete er die großen Resultate der Washingtoner Konferenz, namentlich das Viermächte-Abkommen über den Stillen Ozean, das ein englisch-japanisches Bündnis ersieht. Die Thronrede besagt weiter: Das Problem der Sicherung der Reparationszahlungen durch Deutschland in einer den allgemeinen Interessen zuträglichsten Weise beschäftigt noch immer die verbündeten Mächte. Kürzlich seien Beratungen eingeleitet worden, um Vereinbarungen über ein gemeinsames Vorgehen im Falle eines unprovokeden Angriffes durch Deutschland zu erzielen. Ferner kündigt die Thronrede an, daß ein Gesetzentwurf über die Ratifizierung des Abkommens mit Island und ein Gesetzentwurf über die Gewährung einer Amnestie für die an den irischen Unruhen beteiligten Personen dem Parlament zugehen wird.

Eine Rede Lloyd Georges.

London, 8. Februar. Im Unterhause sprach gestern Lloyd George über das geplante englisch-französische Garantieabkommen. Er machte dabei u. a. folgende Ausführungen:
Was die Tätigkeit des Obersten Rates betrifft, so hat er die Entwaffnung Deutschlands durchgeführt. Die Dienstpflicht in Deutschland ist abgeschafft. Was die Frage des Garantiepaktes betrifft, so ist es notwendig, daß Frankreich sich nicht isoliert zu sein. Eine der wirklichen Gefahren für Europa, vielleicht nicht während der nächsten 20 Jahre, aber vielleicht für die folgenden Generationen besteht darin, daß die deutsche Jugend im Geiste der Revolution erzogen wird und heranwachsen könnte. (Zuruf von Seiten der Arbeitpartei: Und die französische Jugend ebenfalls!) Deutschland wird davon überzeugt werden, daß ihm eine kriegerische Politik keinen Vorteil brächte, daß es in einem Revolutionskrieg gegen Frankreich nicht nur Frankreich, sondern auch andere Nationen gegen sich hätte. Die Deutschen werden lernen, daß eine Politik der Revolution für ihr Land tödlich sein werde. Es gibt aber noch einen weiteren Grund für einen Garantiepakt. In Versailles haben wir die Verbindlichkeit übernommen, um einer Politik der Ausdehnung Frankreichs bis zum Rhein Widerstand zu leisten. Nunmehr handelt es sich in dieser Angelegenheit für uns um eine Ehrenschuld. (Beifall und Protestrufe) Wir werden dem Unterhause Gelegenheit geben, jetzt mit Frankreich den geplanten Pakt zu erörtern. Das Unterhaus wird dann sagen können, ob es ihn annehmen oder ablehnen wird.

Lord Curzon erklärte zu dem geplanten Uebereinkommen: Es würde ein Fehler sein, dieses Uebereinkommen, wie es von manchen Seiten erwünscht werde, auf ein Offensiv- oder Defensivbündnis auszudehnen. Sein Bestreben seit dem Abzuge sei gewesen, aus den militärischen Bündnissen herauszukommen, durch die Europa in bewaffnete Lager geteilt worden sei, was den Frieden der Welt naturgemäß mehr bedrohe, als sichere. Ueber die Konferenz von Genua sagte Lord Curzon: Die augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa könnten durch gemeinsame Anstrengung

geändert werden. Man könne Deutschland nicht ausschließen nicht wegen seiner geographischen Lage und auch nicht wegen seiner Hilfsquellen und den besonderen Fähigkeiten des deutschen Volkes. Man könne auch Russland nicht ausschließen, weil, solange Osteuropa sich im Zusammenbruch befinde, Mitteleuropa nicht wiederhergestellt werden könne.

Burengeneral Dewet f.

Der bekannte Burengeneral Dewet, der im südafrikanischen Feldzug eine hervorragende Rolle gespielt hat, ist gestorben.

Hungernot in China.

„Daily Mail“ meldet, daß in den Provinzen Kiang, Schantung, Hunan, Szechuan, Honan und in anderen Provinzen Chinas eine sehr schwere Hungernot herrscht. Tausende von Menschen gehen durch Hunger und Kälte zu Grunde.

Der Eisenbahnerstreik beendet.

Berlin, 7. Februar. Die Besprechungen zwischen der Reichsregierung und Vertretern der Gewerkschaften wegen Beilegung des Eisenbahnerstreiks wurden heute nachmittags vom Reichskanzler mit Vertretern des Deutschen Beamtenbundes wieder aufgenommen und führten zu einem positiven Ergebnis. Es wurde eine Uebereinstimmung erzielt, nachdem das Kabinett von dem Gang der Verhandlungen Kenntnis genommen und das vom Reichskanzler vorgetragene Ergebnis gebilligt hatte. Die Erklärung lautet:

Die Reichsgewerkschaft gibt die Versicherung ab, daß sie noch heute abend den Streik der Reichsgewerkschaft als beendet erklären wird, nachdem der Reichskanzler seinerseits im Namen der Reichsregierung ausgesprochen hat, daß bei sofortigem Abbruch des Streiks die Disziplinierung nach den vom Gesamtkabinett aufgestellten Richtlinien erfolgen wird. Die Reichsregierung wird bei sofortigem Abbruch des Streiks in der Anwendung und Durchführung der Disziplinarmassnahmen nach Massenbegriffen vorgehen und Massenentlassungen ablehnen. Den in Frage kommenden Beamten wird ihr Beschwerderecht selbstverständlich vollständig gewahrt werden.

W.F. bemerkt dazu: Damit ist der Streik der Eisenbahner beendet.

Die Vertreter der Reichsgewerkschaft erklärten noch am Abend, an ihre Organisationen im Lande telegraphisch die Weisung zum Abbruch des Streiks ergehen lassen zu wollen.

Richtlinien zur Maßregelung streikender Eisenbahner.

Berlin, 9. Februar. Die Reichsregierung hat gestern nachmittags in einer Kabinettsitzung die Richtlinien zur Maßregelung von Streikenden festgelegt. Nach dem Berliner Tageblatt wird das ordentliche Disziplinerverfahren angewandt:

- a) gegen Beamte, die sich als Führer des Streiks betätigt haben, oder b) mit Sabotage oder Gewaltmaßnahmen eingegriffen oder andere durch Gewalt oder Drohungen an der Arbeit gehindert haben.
2. Soweit einzelne Beamte wegen des Streiks zur Verantwortung gezogen werden, sollen Ordnungsstrafen angewandt werden. Geldstrafen sollen nur in den seltensten Fällen zur Anwendung gelangen.
3. Für die Streikenden soll § 14 Abschn. 3 des Beamtengesetzes zur Anwendung gelangen. Nichtbezahlung der Streiktage.
4. Die künftigen Beamten sollen nach gleichen Grundätzen behandelt werden.

5. Alle Beamte, die im Reich für den Ausbruch oder Fortsetzung des Streiks agitiert haben, sollen bestraft werden.

6. Die künftigen Beamten, die unter 1 a oder 1 b fallen, sind zu entlassen. Soweit sie entlassen sind, werden sie nicht mehr eingestellt.

7. Die nicht unter 1 fallenden künftigen Beamten werden zur Beschäftigung wieder zugelassen.

Berlin, 10. Februar. Der Reichskanzler gab gestern im Reichstag eine Erklärung über den Eisenbahnerstreik ab. — Der Reichspräsident hat seine Verordnung über das Streikverbot der Eisenbahnbeamten außer Kraft gesetzt.

Hunderterte von Millionen Streikschaden.

Berlin, 8. Februar. Die vom Reichsverkehrsministerium mitgeteilte wird, kehren die Beamten an einigen Stellen nur zögernd zurück, während sie an anderen Stellen so zahlreich zurückkehren, daß es keine Schwierigkeiten macht, alle unterzubringen.

Es dürfte bereits in den nächsten Tagen gelingen, den Personenverkehr bedeutend zu vergrößern, während die Jangungszug des ordnungsmäßigen Güterverkehrs noch mindestens eine Woche beansprucht wird. Infolge des Zusammenbruchs der Eisenbahnen und vor allem des Reparaturmangels der Lokomotiven wird auch dann noch nicht die vor dem Streik erreichte Betriebsleistung erzielt werden. Der Reparaturstand der Lokomotiven ist hoch. Der entstandene Schaden ist auf mehrere hundert Millionen Mark zu bemessen.

Der Verkehr in Oberschlesien.

Kattowitz, 8. Februar. Im Bezirk Oberschlesien ist die Lage im Eisenbahnbetrieb unverändert ruhig. Der Personenverkehr von Oberschlesien nach dem Reich wird, wie die Eisenbahndirektion Kattowitz mitteilt, am morgigen Donnerstag in vollem Umfange wieder aufgenommen werden. Heute abend ist der Kattowitz verlassende Schnellzug nach Berlin abgefahren worden. Der Güterverkehr ist in vollem Gange.

Zur Wahl des Papstes.

Rom, 8. Februar. Der Papst hat Kardinal Gasparri zum Staatssekretär bestätigt. Auch alle anderen Personen, die den Hof des verstorbenen Papstes gebildet hatten, bleiben weiter. Gestern empfing der Papst die dritte Subdignation der Kardinäle in der Sixtinischen Kapelle.

Die feierliche Krönung des neuen Papstes findet am 12. Februar statt.

Rlin, 7. Februar. Der römische Vertreter der Kölnischen Volkszeitung berichtet, daß bei der ersten Begegnung des Kardinals Dr. Schulte mit dem Papst, die vor der Wahl stattfand, dieser den Kölner Erzbischof sofort in deutscher Sprache anredete und ihm mitteilte, daß er Alten mitgebracht habe, um baldigst die deutsche Seelsorge in Mailand zu regeln. Auch während des Konklaves unterhielten sich die beiden Kardinäle häufig, und zwar immer in deutscher Sprache. Sofort nach der Erwählung Rattis befand sich Dr. Schulte unter den ersten, die ihn beglückwünschten, worauf der Papst sagte, daß er mit ganz besonderer Zuneigung in diesem Augenblick der altberühmten Kölner Kirche gedachte. Er grüße und segne die Stadt Rlin als Freund und alter Bekannter. Bei der ersten Subdignation sprach der Papst wieder mit dem Kölner Erzbischofen in deutscher Sprache und bevollmächtigte ihn, allen denen, die er im Sinne habe, sein besonderes Wohlwollen zur Kenntnis zu bringen.

Berlin, 7. Februar. Der deutsche Botschafter beim Vatikan wurde beauftragt, dem

Papst anlässlich seiner Wahl die Glückwünsche des Reichspräsidenten und der Reichsregierung auszusprechen.

Aus Rom wird gemeldet: Unmittelbar nach der Bekanntgabe des Abstimmungsresultates wandte sich der neu gewählte Papst mit folgenden Worten an die polnischen Kardinals Kalowski und Dalbor: In Euch sehe ich und begrüße Polen. Ich segne es und bitte seine Söhne für mich zu beten, denn ich habe gesehen, wie Polen beten versteht. Sagt den Polen, daß ich das teure Polenland geliebt habe, weiter lieben werde und niemals für dasselbe zu beten aufhören werde.

Der polnische Ministerrat beauftragte den Außenminister, an Papst Pius XI., als früheren Apostolischen Nuntius in Warschau, eine Glückwunschkarte zu senden.

Rom, 7. Februar. Nach Beendigung des Konzesses wurden die Mitglieder des diplomatischen Korps und die Vertreter des römischen Adels vom Papste empfangen. Der Papst empfing ferner die päpstlichen Hofschergen und die Befehlshaber der päpstlichen Truppen. Für jeden hatte Papst Pius ein freundliches Wort. In der Rafael-Loge segnete der Papst die Palastgarde, deren Fahne er küßte.

Bestandamer Schritt des neuen Papstes.

Paris, 7. Februar. Zur Wahl des neuen Papstes schreibt „Petit Parisien“, die erste Gestalt des neu gewählten Papstes sei gewesen, daß er auf die Haltung des Gefangenen, die seine Vorgänger seit Pius IX. angenommen hatten, verzichtete. Er sei auf dem Balkon seines Palastes erschienen, um die Menge auf dem Petersplatz zu segnen, während italienische Truppen vor ihm salutierten. Das sei seit 1870 das erste Mal, daß ein Papst sich der Öffentlichkeit gezeigt hat. Für alle Italiener sei das ein sicheres Zeichen der Ausöhnung des Papstes mit dem italienischen Staat. — „Figaro“, der ebenfalls auf die Geste hinweist, sagt, man könne ihre Folgen noch nicht übersehen.

Hilfe für Rußland!

Aufruf an die Katholiken Deutschlands.

Ein Schrei aus dem unglücklichen Rußland geht erschütternd durch die Welt. Man spricht von zwanzig, andere von dreißig Millionen Menschen, die vom Hungertode erschollen. Die Deutsche wissen selbst, was Not ist, denn wie find arm, bettelarm, besonders unser Kinderelend schreit zum Himmel. Es gibt bei uns aber noch keine Väter, die im Hungerwahn ihre Kinder schlachten, noch keine Eltern, die sterbend ihren blaffen, sterbenden Kleinen zuschreien: „Nährt euch von unserer Reichen, so schenken wir euch ein zweites Mal das Leben.“ Wir kennen nicht die Landstraßen durch endlose verdorrte Steppen, auf denen die Karawanen des Hungers zehren, hinter sich lassend Reußen von Oräbern, deren Holzkarren zu Laufenden die Wege säumen.

Kurz vor Weihnachten gelangte ein Ruf russischer Mütter ins Ausland. Er war mit ihrem Blut unterzeichnet: „Kommt unsern Kleinen zu Hilfe, befreit uns von Grausen, vom Wahnwitz, sie sterben zu sehen, ohne ihre Schmerzen auch nur im geringsten lindern zu können. Für uns selbst haben wir keine Hoffnung mehr auf Erlösung, aber wir wollen uns sättigen an jedem Stücklein Brot, das wir in unserer Armer Hände sehen.“

Katholiken Deutschlands! Ist auch unsere Not groß, die der Russen ist noch viel größer. Der um die Völkerveröhnung bis zum letzten Atemzuge besorgte Heil. Vater Benedikt der Fünfte hat als erster auf die russische Not hinzuweisen und durch Spende von einer Million Lire ein leuchtendes Beispiel gegeben. Schon hat sein Tun ein Echo geweckt in allen katholischen Ländern, bei christlichen Gemeinschaften und bei allen, die mit uns, wenn nicht den Glauben, so doch die Liebe teilen.

Aber noch hat sich das katholische Deutschland nicht zusammengeslossen zu gemeinsamer Tat. Haben wir auch keine Millionen, so teilen wir mit den Vermögern vom Rest unserer Habe und wäre es die Hälfte vom letzten Stücklein Brot... denn du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst!

Katholisches Volk! Das orthodox-katholische Rußland, dessen Zugehörige getauft sind wie du, die empfangen den gleichen Leib des Herrn, die mit dir weinen zur gleichen Mutter der elenden Kinder Coas, die Jesus lieben wie du, dieses Rußland soll wissen, das auch bei uns noch die Liebe wohnt, die aus jenen Seiten kommt, da Morgenland und Abendland gemeinsam dem einen Hirten folgten. Die Welt soll erfahren: Seht wie sie einander lieben!

In diesem Sinne bitten wir um Hilfe für das hungernde Rußland. Als Totenopfer zum

Bedächtnis unseres heimgegangenen Hl. Vaters Benedikt des Fünften sollen die eingegangenen Spenden seinem Nachfolger auf dem Stuhle Petri überreicht werden.

Adolph Kardinal Bertram, Fürstbischof von Breslau, Karl Joseph Kardinal Schulte, Erzbischof von Köln.

Oberschlesien.

Der Zwischenfall in Gleiwitz.

Berlin, 7. Februar. Die deutsche Regierung beantragte dem früheren Reichskommissar für die Durchführung der Entwaffnung, Dr. Peters, sich nach Schlesien zu begeben, um dort festzustellen, ob die in Oberschlesien eingetretenen Zwischenfälle gemäß der Mitteilung des französischen Vorkommissars im Zusammenhang mit Selbstorganisationsstreben, die sich in Mittel- und Niederschlesien aufhalten sollen.

Paris, 7. Februar. Der Abgeordnete des Dile-Departements, der eine Interpellation wegen des Angriffs auf französische Soldaten in Oberschlesien eingebracht hatte, hatte eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten über diese Anfrage. Polvocat teilte ihm mit, daß Handlungen vorgenommen worden seien, Verhaftungen ausgeführt und ein neues Waffenlager entdeckt worden sei. Er setzte hinzu, daß, sobald die Regierung alle möglichen Anstöße beseitigt, die er jetzt noch erwartet, er es als seine Pflicht betrachten werde, auf die Anfrage zu antworten.

Gleiwitz, 6. Februar. Vom Kreiskontrollen in Gleiwitz wird die Aufnahme nachstehender Zeilen gefordert: Entgegen den tendenziösen Auslegungen gewisser Zeitungen fand der am 31. Januar gegen französische Truppen ausgeführte Angriff nicht im Laufe einer Hausdurchsuchung durch die Truppen statt. Die Hausdurchsuchung hatte am Abend des 30. Januar in Petersdorf (Vorort von Gleiwitz) stattgefunden. Am 31. Januar, gegen 3 Uhr, als die Soldaten zur Ruhe gegangen und eingeschlossen waren, griff eine Bande von ungefähr 80 Duzenden das Quartier der in Petersdorf untergebrachten Compagnie des 27. Alpenjäger-Bataillons mit Handgranaten an und versuchte in das Quartier einzudringen. Die Wachsamkeit und Widerstandskraft der Posten hielt die Angreifer zurück, die, ohne daß es ihnen gelungen war in das Quartier einzudringen, zurückgeschlagen wurden. Einen Toten auf dem Bloße lassend, zogen sie sich zurück; dabei gaben sie mit Flinten und leichten Maschinengewehren Schüsse ab. Seither ist noch ein anderer Toter aufgefunden worden. Zwanzig Jäger sind durch die in das Quartier geschleuderten Granaten verwundet worden; zwei davon sind ihren Wunden erlegen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf.

Die Verhandlungen begannen am 10. Februar unter der Präsidentschaft des Herrn Calonder. Dem Präsidenten Calonder fällt eine wichtige Rolle zu. Er muß zunächst dafür Sorge tragen, daß das neue Abkommen den Beschlüssen der Vorkonferenz entspricht, d. h. alle dort vorgeschriebenen Bestimmungen enthält. Außerdem hat er in allen kritischen Fragen den Entschluß zu fassen, auf Grund der Informationen, die er während seines jüngsten Aufenthalts in enger Fühlungnahme mit den beiden Bevollmächtigten und der Bevölkerung einzeln konnte. Von den durch die erste Vorkonferenz eingeschickten zwölf Unteranschlüssen haben zwei ihre Arbeiten nicht beendet und werden, wie es übrigens von vornherein beschlossen wurde, gleichzeitig mit der Schlußsitzung in Genf tagen. Der eine, der 11. Anschluß, hat die künftige Stellung der Minderheiten in den Gebieten zu beiden Seiten der neuen Grenze zu regeln. Er muß dabei in seinen Vorschlägen von den Bestimmungen der Vorkonferenz ausgehen, vorschlagen, daß Polen den im Verträge vom 28. Juni 1919 vorgeschriebenen Minderheitenschutz auch auf das Gebiet in Oberschlesien ausdehnt. Der andere Anschluß, der 12., soll Vorschläge über die Zuständigkeit der zwischenstaatlichen Organe machen, die bekanntlich für die Dauer des Abkommens in Oberschlesien wirken sollen, d. h. der gemischten Kommission und des Schiedshofes. Die gemischte Kommission soll sich aus zwei von der deutschen und von der polnischen Regierung ernannten Wohnern des Landes zusammensetzen und einem Präsidenten, den der Völkerbundrat ernennt. Er hat über die Durchführung des Abkommens zu wachen und die notwendigen Maßnahmen zur Anpassung des Wirtschaftslebens an die neuen Verhältnisse zu ergreifen. Der Schiedshof besteht aus einem von der deutschen und einem von der polnischen Regierung ernannten Schiedsrichter sowie einem vom

Völkerbundrat zu bezeichnenden Präsidenten und soll die privatrechtlichen Schwierigkeiten regeln, die aus der Anwendung des Abkommens erwachsen könnten. Die Konferenz dürfte bis etwa Ende des Monats dauern.

Warschau Vorbereitungen zur Uebernahme in Oberschlesien.

Wie aus Warschau gemeldet wird, berückete in der letzten Sitzung des Stimmrechtsausschusses für auswärtige Angelegenheiten der Leiter der polnischen Oberschlesienkommission, Minister Ossowski, über den Verlauf der deutsch-polnischen Verhandlungen und betonte, daß eine große oberhalbige Bank mit dem Kapital einer bestimmten Macht (Frankreich) im Entschieden begreifen sei, die der polnischen Regierung über die gefährlichen Risiken der Polatsfrage hinweghelfen soll. Die Vorbereitungen für die Uebernahme Oberschlesiens seien im vollen Gange. Es wurden 7 Starosten gebildet, an deren Spitze sieben ordentliche Rechtsanwälte treten. Zum Wojewoda wird wahrscheinlich der Abgeordnete Rymer ernannt, zum Wojewodowa Jeruzimski aus Lodzin und an die Spitze des Wojewodentums Herr Wodolicki aus Lodzin. 60 Prozent aller für den Justizdienst benötigten Kräfte seien bereits gestellt. Die militärische Formation steht unter Leitung des Obersten Wodolicki.

Präsident Calonder optimistisch.

Paris, 9. Februar. Der Genfer Korrespondent des „Temps“ berichtet: Präsident Calonder hat von seiner Reise in Oberschlesien eine optimistische Auffassung erhalten. Sondern in allen rein materiellen Fragen ist eine Verständigung zustande gekommen. So z. B. in der Frage der Versorgung mit Wasser, Elektrizität, in der Frage des Wertverweilens und des Zollweilens. Dagegen ist in verschiedenen anderen Problemen, die meist in das Gebiet der Nationalitätenpolitik gehören, eine Verständigung nicht erzielt worden. Die Liquidation des deutschen Eigentums in dem polnisch werdenden Gebiet bereitet Schwierigkeiten. Schwierigkeiten bestehen auch in der Frage der Währungs, da die Reichsbank die Errichtung einer Zweigstelle in dem polnisch werdenden Teil Oberschlesiens abgelehnt hat. Eine weitere Schwierigkeit besteht in der Gewerkschaftsfrage. Der Pariser Vorkonferenzrat hat bestimmt, daß die gewerkschaftlichen Organisationen in dem polnischen Gebiet Oberschlesiens, den deutschen Zentralorganisationen angeschlossen bleiben können. Die polnische Delegation hat aber dem die wirtschaftlichen Unzulänglichkeiten entgegengehalten, die sich für Polen ausgeben können, wenn die Arbeiter in dem polnisch werdenden Gebiet von ihren Gewerkschaften in Deutschland angehalten werden, einer Streikordnung zu entsprechen. Schließlich bestehen Differenzen in der Frage des Minoritätenspruchs.

Die deutsche Delegation nach Genf abgereist.

Berlin, 9. Februar. Die deutsche Delegation für die deutsch-polnischen Schlußverhandlungen reist heute Donnerstagabend im Sonderzuge nach Genf ab. Die unter der Führung Minister Schfers stehende Delegation wird aus 14 bis 16 Mitgliedern bestehen, unter denen sich auch Schiff als Stellvertreter, Staatssekretär a. D. Uwald, ferner der ehemalige Reichsfinanzminister Dr. Simons, sowie Staatssekretär a. D. Geyher befindet. Die Verhandlungen werden in Genf Sonnabend ihren Anfang nehmen.

Die Genfer Verhandlungen.

Genf, 9. Februar. Präsident Calonder ist in Genf angekommen. Die mit den ober-schlesischen Fragen betrauten Persönlichkeiten des Völkerbundssekretariats sind heute zu einer vorbereitenden Sitzung zusammengetreten.

Berlin, 9. Februar. Die deutsche Delegation für die ober-schlesischen Verhandlungen in Genf hat heute Abend die Reise nach Genf angetreten. Der Führer der polnischen Delegation, Ossowski, der über Berlin reisen wollte, um hier noch Verhandlungen zu pflegen, hat wegen des Eisenbahnstreiks diesen Plan aufgeben müssen.

Kotales u. Provinzielles.

Sobran D. S., den 10. Februar 1922. § 2c. 3 des Illustrierten Sonntagsblattes liegt der heutigen Gesamtsitzung des Stadtrates bei. k (Allgemeine Ortsbesamtenkaffe.) In der Vorstandssitzung am 8. d. Mts. wurde Herr prakt. Arzt Dr. Neutrich als dritter Kassenvorstand zugelassen. Ferner wurde beschlossen, die Kraftverträge vom 1. April cc. ab von 4 % auf 5 % von dem bis jetzt festgesetzten Grundlohn zu erhöhen. (Siehe Jai.) — Leider kam es im Verlaufe der Sitzung zu widerlichen Ge-

nen, die durch das unerhördete Ausstreuen der anwesenden Arbeitnehmer wieder gutgemacht werden konnten.

§ (Wom fädt. Elektrizitätswerk.) Der Magistrat hat beschloffen, den elektrischen Strom von jetzt ab bis am weitern am 4 Uhr nachmittags einschalten zu lassen und bis 4 Uhr morgens abzugeben. Offenbar wird die Stunde des Einschaltens genau eingehalten, denn es liegt doch besonders auch im Interesse des Stadtladens, daß das Licht so zeitig wie möglich abgegeben wird und nicht erst dann, wenn bereits fast völlige Dunkelheit eingetreten ist, wie dies in letzter Zeit öfters geschah. Der 7-Uhr-Lichtschluß nimmt dann einen großen Teil der Rücksichtnahmen für die Stadt vor, sobald wie gesagt nicht zeitig genug eingeschaltet werden kann. Auch ist eine spätere Stromabgabe für die Handwerker pp., die mit Motoren arbeiten und mit ihren Vorknaben die gleichmäßige Arbeitszeit wahren müssen, von Nachteil und als eine Beeinträchtigung des Handwerks zu betrachten.

• (Wein-Wehlpresse.) Auf Grund des Beschlusses der Reichsregierung über die Erhöhung der Abgabepreise für Wehl der Reichsgeländebesitzer werden mit Wirkung vom Montag, den 20. Februar ab für den Bezirk des Rhein- und Mosellandes folgende Kleinabgabepreise für Wehl und Brot festgesetzt: Roggenmehl 80 M., Weizenmehl 4.00 M., Runkelmehl 4.40 M. je Hektol. Der Preis für 1 Pfund Brot wird auf 3.50 M. je Pfund festgesetzt, ein 1850 gr Brot kostet also 13.00 M. Eine Semmel zu 80 gr ist mit 0.80 M. zu berechnen.

§ (In den Cobruer Lichtspielen) gelangt am Sonntag der II Teil des so spannenden Films: „Atlas, der Gewaltig“ zur Vorführung. Dieser Teil ist noch spannender wie der erste.

• (Rektor Urbanek verhaftet.) Der Rektor Urbanek wurde von der Interalliierten Kommission verhaftet.

• (Wine „Wohnung“ zur Götlichkeit.) Als Kaiser Karl V. einst in Antwerpen eintraf, erwiderte dieser auf den ihm die Güte der Stadt lobend, Anders indes sein Sohn Philipp, der damals erst zwölf Jahre alt war. Philipp dachte Holz und Kohl auf das Volk herab, nahm auch vor seinem den Hut ab. Der Kaiser, der dies bemerkte, wurde ärgerlich und sprach: „Ich das die Götlichkeit, welche Du von Dinen Urmännern gelernt hast?“

• (Eisenbahndirektion Opp.in.) Die aus Opp.in gemeldet wird, stimmen die Stadtverordneten den von der Eisenbahndirektion für die Verlegung der Eisenbahndirektion nach Opp.in gefällten Vorschlägen zu. Die Verlegung dieser großen Behörde nach Opp.in scheint nun gesichert.

• (Preisermäßigung für ober-schlesische Kohle.) Auch die ober-schlesischen Kohlenpreise sind, rückwirkend vom 1. Februar ab, erhöht worden. Die Preisermäßigung betrug sich etwa zwischen 55 und 60 Mark die Tonne, wozu noch die Kohlensteuer hinzutritt.

• (Erperung der deutschen Fleischzufuhr für Oberschlesien.) Der schlesische Fleischverband hat angeregt, gegen die Ausfuhr von Vieh nach Oberschlesien energische Stellung zu nehmen, da unter Viehwirtschaftern ist, daß ober-schlesische Viehhändler auf den Breslauer und anderen Viehmärkten Vieh zu jenem Preis verkaufen und angeblich nach Oberschlesien verfrachten. Dies Vieh ist aber nicht für die ober-schlesische Bevölkerung bestimmt, sondern wird zum weitaus größten Teil nach dem Auslande verschoben. Diesem Verfahren muß mit höchstlicher Eile energische Gehalt geboten werden. Beschlüsse hierüber sollen auf dem Viehmarkt in Glinberg gefaßt werden.

• (Ueber die Erhöhung der Gebäude- und Mobilien-Versicherung) insofern die Preissteigerung gibt der Landrat des Kreises Rybinsk als Kreisverordneten die Richtung an, daß die Direktion der schlesischen Provinzialversicherungsanstalt ihre Bedenken vorbehaltend darauf anmerksamen macht, daß die bestehenden Versicherungen, als auch für bewegliches Eigentum, durch die Preissteigerung für Baumaterialien, Löhne usw. und für alle beweglichen Gegenstände in den meisten Fällen ganz unzureichend sind, so daß bei einem Brandschaden eine ausreichende Deckung nicht eintreten kann. Es ist heute eine Vorsorgeversicherung bis etwa 1500 Prozent notwendig geworden. Außerdem wird auf die günstigen Bedingungen der sogenannten Brandversicherung hingewiesen.

• (Weitere Verlängerung der Hundesperre.) Die Hundesperre wird um drei weitere Monate verlängert. Bekanntlich sollte die Sperre

am 15. Februar ihr Ende erreichen. Wie mitgeteilt wird, hat die preussische Regierungskammer die Sperre erst neuerdings bis zum 15. Mai verlängert.

• (Was in Wien eine Sägesäge kostet.) Die Wiener Schneidwerkzeuge haben schon einen neuen Preissturz für Herrenkleider angefaßt. Demzufolge kostet von nun an ein Frodenung 38000 bis 55000, ein gewöhnlicher Ostro-Kragen 26000 bis 38000 Kronen, eine Hofe 5000 bis 8000 Kronen, eine Weste 5000 bis 7000 Kronen. Das hat immerhin anständige Preise, aber man bemerkt dafür auch ein entsprechendes Kleidergeschick. Gestrichelt aber muß es an, wenn man in dem neuen Tarif liest, daß das Sägen eines Strohnagels nurmehr mit 1050 Kronen berechnet wird. Für die Summe, die heute eine Sägesäge kostet, hat man vor dem Kriege in Wien zehn komplizierte Anzüge erhalten.

Gedenket der hungernden Vögel

• (Vordruck keine Schlafwagen 3. Klasse für Oberschlesien.) Die Eisenbahnen, die Erhaltung von Schlafwagen 3. Klasse auch für Oberschlesien zu erlangen, sind bisher vergeblich gewesen. Die Eisenbahndirektion hat mitgeteilt, daß mit den zur in nächster Zeit beschafften Schlafwagen 3. Klasse zunächst auf den Strecken Berlin-München, Berlin-Stettin und Berlin-Breslau ein Versuch gemacht wird, von diesem Ergebnis ihre weitere Entscheidung abhängt. Sollten weitere Ränge später eingerichtet werden, so wird, sobald genügend Wagen vorhanden sind, auch die Strecke Berlin-Breslau-Oberschlesien Berücksichtigung finden. Es muß also zunächst die letztere abgemerkt werden.

• (Die Ueberfüllung des Lehrerberufs.) Die Aussicht für den Lehrerberuf hat sehr trübe. Die amtliche Statistik vom 20. Juni 1921 verzeichnet 12060 erwerbsfähige, 5776 katholische Schulamtsbewerber und 8236 Bewerberinnen, das ergibt eine Gesamtzahl von 20302 Bewerbern. In den Jahren 1922 bis 1926 ist mit einem Zugang von etwa 28800 noch zu rechnen, während die Schülerzahl infolge des Geburtenrückgangs während der Kriegszeit bis zum Jahre 1926 ständig zurückgeht. Schon heute müssen Bewerber 3 bis 5 Jahre warten, ehe sie im Schuldienst beschäftigt werden. Es wird weiter 7 Jahren können sie endgültig angestellt werden, so daß 10 bis 12 Jahre vergehen, ehe der Bewerber eine feste Stellung erhält. Bei den Lehrern und besonders bei den katholischen Kandidaten sind die Aussichten noch trübe, da die abgetrennten Gebiete vorwiegend katholisch waren und bis jetzt nur Preußen Schulstellen zur Verfügung stellen. Die Schulamtsbewerber müssen sich als Hilfskräfte in Gärten, in Fabriken, ja selbst in Bergwerken ihr Brot verdienen. Für Fortbildung die in ihnen wenig ist. Wenn man nun noch in Betracht zieht, daß die Befolgung der Lehrkräfte heute prozentual weit hinter dem Friedensstande vieler anderer Beamter und Handwerker zurückbleibt, so kann von einer Ergrößerung des Lehrberufs nur abgeraten werden.

• (Im Paddjertier-Prozess), der am 7. November v. J. begonnen hat und sich gegen nicht weniger als 24 Angeklagte richtet, hat der Vertreter der Anklage, Generalstaatsanwalt Dr. Raab, die Strafverträge gestiftet. In seinem Plädoyer, das fast eine Woche dauerte, wies der Vertreter der Anklage darauf hin, daß durch die F. H., Eier, M. H. und Karloffschreibungen der Angeklagten während der Zwangswirtschaft die Allgemeinheit nicht nur schwer geschädigt worden sei, sondern die Angeklagten zum größten Teil auch große Ubergewinne eingestrichelt haben. Angeklagt sind u. a. der Stadtschreiber Paddjertier, welcher der Leiter der Lebensmittel-Börse der Stadt Rattow war, Strohvorsteher Wagamer, der als Strohvorsteher der F. H. die Opp.in ohne Erlaubnis des maßgebenden Regierungsrates F. H. dem Paddjertier zuwies, der diese wiederum durch andere, ebenfalls auf der Anklagebank stehende Personen an industrielle Werk-, Kommunal- und Privatpersonen verschob, und Pfister, der in Opp.in das Lager der F. H. für rationierte F. H. für Oberschlesien zu verwalten hatte und von dieser Stelle die F. H. lieferte. Auf diese Weise haben sich besonders diese drei Angeklagte Hunderttausende von Mark erworben. Wegen Ubergewinn, Veruntreuung, Bestechung usw. beantragte der Anklagevertreter nachstehende Strafen: Gegen Paddjertier 8 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust, gegen Wagamer 6 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust, gegen Pfister 6 Jahre Zuchthaus und 120000 Mark Geldstrafe und 10 Jahre Ehrverlust, gegen den Volkereibehrer Hoffmann - Rattow 4 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust, gegen Kauf-

mann Bolko Bonn-Breslau 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust, gegen den Kaufmann Karl Bonn - Oldenburg 2 Jahre Zuchthaus, gegen den Kaufmann Schalk - Breslau 4 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust. Gegen die übrigen Angeklagten wurden geringere Zuchthaus- und Gefängnisstrafen beantragt. Insgesamt wurden beantragt 39 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 10 Jahre 9 Monate Gefängnis, 168500 Mark Geldstrafe, Einziehung von 2004794 Mark Ubergewinne und Einziehung von Bestenvermögen in Höhe von 34780 Mark. — In heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Anklagevertretern und den 14 Verteidigern, unter denen sich auch Rechtsanwalt Gollat - Berlin als Beauftragter des Justizrat Hübner Berlin befand, kam es wegen des Antrages des Generalstaatsanwalts, die Angeklagten, gegen die Zuchthausstrafe beantragt sei, sofort in Haft zu nehmen. Das Gericht lehnte den Antrag ab. Das Urteil in diesem Revisionsprozeß, der dem Schieds- und Waderum gilt und abgeurteilt werden soll, ist im Laufe der nächsten Woche zu erwarten.

• (Lodien, 10. Februar.) (Straßwörter.) Auf der Chaussee Schenkowitz-Bollau überfielen 3 brennende Bomben den Wirtshausbesitzer B. H. auf Schenkowitz mit seinem Fuhrwerk. Sie raubten ihm das Gespann und seine Bekleidung.

• (Nikolai, 9. Februar.) Ein abschändliches Bombenattentat wurde, wie bereits berichtet, in der Nacht zum Sonntag im Schloss Jankowitz verübt. Von unbekannter Seite wurden, während Viktor Richter von der evangelischen Gemeinde seinen Abschied feiern wollte, Bomben geworfen. Vier Personen sind schwer verletzt, mehrere leicht verwundet. Die Bomben explodierten am Saalvorhof an der Außenwand. Die Fenstermauer war eine Zeit lang am Fenster liegende Tür warfen zerschmettert. Die Schwerverletzten, Fräulein Blasi, Postsekretär Wolgramm, der Wirt Georg Jankowitz und ein Mitglied der Gemeindeverwaltung, wurden in städtischen Hospitälern aufgenommen. Unter den Leichtverletzten befindet sich auch Viktor Richter. Der Kreiskontrolleur von Pils fand sich am Sonntag ein, konnte aber nur von der Leichte Kranats abzuweichen. Die Täter sind unbekannt. Zwei Frauen, die bereits um 10 Uhr abends Gefängnis in den Saal geworfen hatten, dürften als Täter kaum in Frage kommen. Man vermutet, daß der Anschlag in der Hauptfrage sich gegen den ehemaligen böhmisches Ministerpräsidenten Blasi richtete, der mit seiner Familie amwesend war.

• (Rattow, 9. Februar.) (Fischer Raub-Überfall in der Paddjertier.) Dienstag um 6 Uhr abends erfolgte im Schlossbraun des Pfandlohnkassens „Saturaus“, Friedrichstraße 56, ein junger Mann, trotz der Anwesenheit von mehreren Kunden einen Revolver und bedrohte den amwesenden Chef. Gleich darauf betreten zwei weitere bewaffnete Männer die Pfandleihe und zwangen das Geschäftspersonal und die übrigen Anwesenden, sich mit erhobenen Händen und abwärts gestrecktem Gesicht an die Wand zu stellen. Der Inhaber mußte dann vorgebracht die Tresors öffnen, und die Banditen unterzogen diese einer genauen Durchsicht, wobei sie sich auch nicht scheuen, als Beute einzutragen, die Pfandler einliefern wollten. Dies wurden sogar höchstgehobend von den Räubern bündel und erhielten wohllos auf ihre Pfandbriefe ausgedrückt, gleichgültig, ob es ihr Eigentum war oder nicht, in einem Falle sogar erhielt ein Mann gegen Zahlung von 50 Mark eine Uhrkette. Nachdem die Raubschiff abgefertigt war, wurde sie wie die übrigen Anwesenden an die Wand gestellt. Jaden hatte man eine sorgfältige Auswahl der eingeleigten Pfandstücke getroffen, die wertvollsten Gold- und Silbergegenstände und Schmuckstücke in Säcken zusammengepackt und dem Weibsvater etwa 100000 polnische und 7000 deutsche Mark entnommen. Zwei Mann gingen nun mit der Diebesbeute ab, während der dritte zurückblieb und die Anwesenden durch Drohung mit der Waffe an Hülseisen verhaftete. Als die Spiegelfellen fort waren, beschwand auch der Dritte unerkannt.

• (Rattow, 9. Februar.) In der vergangenen Nacht wurde in das Schenkowitzschloß Rattow ein eingebrochen. Die Diebe verschafften sich durch die mit den modernsten Sicherungen gesicherten Türen Eingang in die Geschäftsräume. Es wurden für rund 100000 Mark Schenk-waren gestohlen.

• (Rattow, 9. Februar.) (40000 Einwohner in Rattow.) Wohl hauptsächlich infolge des Zustroms von Flüchtlingen aus dem polnischen verbenden Gebiet hat sich die Einwohnerzahl von Rattow in der letzten Zeit bedeutend vermehrt und die Zahl 40000 um 100 überschritten.

• (Danzig.) Der geringen Art. ameres Blattes liegt ein Prosp. der Danziger D. Christlich-Amerikaner Populardanzig bei, betr. Große Geld-Lotterie, worauf wir besonders hinweisen.

Stadtsammlungs-Nachrichten von Sobrau.
Sterbefälle.

Am 5. Februar cr. der Hüttenarbeiter Josef Bloutel, 72 Jahre alt; Josef, Sohn des Arbeiters Richard Anst, 2 Stunden alt.

Evang. Gemeinde Sobrau.
Sonntag, den 12. Februar cr., vorm. 10 Uhr:
Polnischer Gottesdienst.

Bekanntmachung.

Infolge Erhöhung der Haussteuerumlage werden voranschlägliche viele Gewerbetreibende veranlassen, den Hausierhandel ohne Wandergewerbeschein anzuhäufen. Die Polizeibehörde sind hierauf aufmerksam gemacht und werden jede Uebertretung unmissverständlich zur Anzeige bringen.

In allen Fällen werden die Uebertretungen auf das strengste bestraft. Außerdem werden die bei der Begehung der Tat mitgeführten Waren, auch wenn sie nicht ihnen, sondern dritten gehören, zur Sicherheit der Staats-, Hof- und Nachsteuer beschlagnahmt und nicht eher freigegeben werden, bis sämtliche im Strafverfahren festgestellten Beträge eingezahlt sind.

Sobrau OS., den 8. Februar 1922.
Die Polizeiverwaltung.
Lang.

Bekanntmachung.

Die Kreisbauernvereine pro 1921/22 liegt in der Zeit vom 11. bis einschließlich 23. Februar cr. im hiesigen Stadtschreiberamt, Zimmer Nr. 4, zur öffentlichen Einsicht aus.

Einsprüche und Beschwerden gegen die Prangung zur Kreisbauernvereine: können binnen 2 Monaten nach Schluss der Auslegungssfrist beim Kreisbauernrat Einsicht angebracht werden.

Die Haussteuer pro 1. Halbjahr ist binnen 14 Tagen, die pro 2. Halbjahr bis spätestens zum 1. November d. J. an die hiesige Kammerkasse zu zahlen.

Sobrau OS., den 10. Februar 1922.
Der Magistrat. Lang.

Damm'sche Klavierschulen
Hohmann-Heimsche Viollinschulen
P. Hunold's
Papierhandlung, Sobrau O.-S.

Adler-Bäder
— nach Badebrillen liefert preiswert —
H. Engelmann, Sobrau, Rischewowka.

Für Flechten-Kranke!
Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden, heile ich unter Garantie mit meinem vielbewährten **Flechtenmittel** in 8 bis 14 Tagen. — Zahlreiche Dankschreiben. Eine Flasche genügt. Preis 25 Mark.
F. Müller, Heilkundiger, Bremen
Grosse Krummenstr. 23. Sprechst. 9-10 u. 8-4 Uhr.

Wir retten Ihre Haare!
Senden Sie sofort zur mikroskopischen Untersuchung unter fachmänn. Leitung Ihre ausgefallenen Haare. Darauf erhält. Sie von uns genaue Vorschrift für Ihre Haarpflege. Untersuchung und Vorschrift kostenlos.
Kur- und Heilanstalt Schloss Falkenberg bei Grömmau 1922 (Mark)
Bedeutendstes Institut für Haarwissenschaft.

Geld in der Höhe **Ratenrückzahlung** gegen monatl. **Sparheften** an jede Stelle durch die **Oberschlesische Finanz-Zentrale** **Reiffe, Odenhausen.**
— 3 Mk. Kuponer erhalten! —

Gebetbücher
deutsch und polnisch: Weg zum Himmel, Herz Jesu, unsere Hoffnung, Erhebe dein Herz, Geistlicher Trost, Die gute Kongregation, Trost der armen Seelen, Messbuch der hl. Kirche, Myrtenblüten, Vesperbuch von Schott, Rittau'sche Kirchengesangbücher, für ältere Personen Gebetbücher in Grobdruck, offeriert
P. Hunold's Papierhandlung, Sobrau OS.

Der neue Post-Tarif
vorrätig in
P. Hunold's Papierhandlung, Sobrau OS.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht darauf, daß die Arzthonorare, Arzneien, Krankenhaus und alle sonstigen Ausgaben ungewöhnlich gestiegen sind, sieht sich der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse gezwungen, die Rassenbeiträge ab 1. April cr. von 4% auf 5% von dem bis jetzt festgesetzten Grundlohn zu erhöhen. Es sind hiernach vom 1. April d. J. ab zu zahlen:

I. Klasse bei einem Tageverdienst bis 1,83	Grundlohn 1,50,	Wochenbeitrag 0,45 Mt.
II. " " " " " " " " " " " "	1,84 bis 2,83	2,50 " 0,75 "
III. " " " " " " " " " " " "	2,84 " 3,83	3,50 " 1,05 "
IV. " " " " " " " " " " " "	3,84 " 5,00	4,50 " 1,35 "
V. " " " " " " " " " " " "	5,01 " 6,66	6,00 " 1,80 "
VI. " " " " " " " " " " " "	6,67 " 8,33	7,50 " 2,25 "
VII. " " " " " " " " " " " "	8,34 " 10,00	9,00 " 2,70 "
VIII. " " " " " " " " " " " "	10,01 " 13,33	12,00 " 3,60 "
IX. " " " " " " " " " " " "	13,34 " 16,66	15,00 " 4,50 "
X. " " " " " " " " " " " "	16,67 " 20,00	18,00 " 5,40 "
XI. " " " " " " " " " " " "	20,01 " 24,00	22,00 " 6,60 "
XII. " " " " " " " " " " " "	24,01 " 28,00	26,00 " 7,80 "
XIII. " " " " " " " " " " " "	28,01 und mehr	30,00 " 9,00 "

Sobrau OS., den 8. Februar 1922.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse.
Rob. Nawroth.

Für die zahlreichen Glückwünsche anlässlich unserer **goldenen Hochzeit** sprechen wir allen auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank aus.
Sobrau O.-S., den 10. Februar 1922.
Karl Gwosdzik u. Frau.

Allen Freunden und Bekannten ein **herzl. Lebewohl!**
Josef Guminski u. Frau
Tost.

Dankfagung.
Allen Teilnehmern und Spendern, die zu dem schönen Gelingen des am 4. d. M. abgehaltenen Eisenbahner-Vergnügens beigetragen haben, danken wir auf diesem Wege herzlichst.
Sobrau, den 10. Februar 1922.
Der Vorstand der polnischen Berufs-Vereinigung für Eisenbahner Filiale Sobrau.

Zum Gerben
aller Arten Felle (Hunde-, Katzen-, Kaninchen-, Hirsch- und Ziegenfelle (alles im Haar) empfiehlt sich
Franz Hallatsch,
Bahnhofstrasse 211.

Roggen-, Weizen-, Gerstenstroh
gibt ab **Dominium Jarzombkowitz.**

Mehrere offene Wagen
(gebrauchte hohe Sandschneider)
stehen in Rybnik zum Verkauf. Näheres zu erfragen bei
Salo Zweig, Sobrau OS.
Gross-Destillation.

2 Lehrlinge
werden für sofort gesucht.
Franz Tometzki, Schmiedmstr.
Entlaufen eine Gans!
Abgegeben gegen Erstattung der Kosten bei **Wollner, Bäckermeister.**

Sobrauer Lichtspiele
Mazurek's Saal
Sonntag, den 12. Februar 1922:
Fortsetzung des
Berolina-Riesenfilms
Atlas, der Gewaltige!
II. Teil:
Der verräterische Handschuh!
Die Spannung, die im I. Teil erweckt wurde, wird von Akt zu Akt weiter gesteigert. Atemlos werden die Zuschauer die Handlung verfolgen.
Der II. Teil ist ein abgeschlossenes, für sich selbstverständliches Ganze.
Gutes Beiprogramm!!
Vorzügliche Musik!
Vorführung um 5 und 7 Uhr.

In meinem Hause **Breitentrasse vis-a-vis Zweig's Hotel** habe ich ein **Lager von Ersatzteilen** für Nähmaschinen, Grammophons und Separatoren etc.
errichtet und bitte um gütigen Zuspruch. Empfehle mich auch zur Ausführung sämtl. **Reparaturen** an Nähmaschinen pp. prompt und preisgemäß.
Kaufe alte gebrauchte Nähmaschinen, Grammophons und Separatoren zu höchsten Tagespreisen.
Florian Klimanek
Mechaniker.

Ein Hund zugelaufen
in Pawlowitz. Bel wem? sagt die Exped. d. Blattes.

Brauner Dobermann
1 Jahr alt, zu verkaufen. Anfragen an die Exped. d. Bl.

Ein gut erhaltener Waschtrog
auch für Fleischer geeignet, billig zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Blattes.